

Antikriegstag, 1. September 2024

Guten Tag, ich bin Martin von der Seebrücke-Gruppe Karlsruhe und bedanke mich für die Gelegenheit, hier zu Euch sprechen zu dürfen.

Die Seebrücke setzt sich für offenen Grenze, für die Bewegungsfreiheit aller Menschen, besonders von Geflüchteten, ein und fordert legale und sichere Fluchtwege für diejenigen, die vor politischer Verfolgung, vor Krieg, Hunger, den Folgen des Klimawandels, sexueller Gewalt und vor Unterdrückung fliehen. Wir wollen, dass das Massensterben im Mittelmeer sofort beendet wird.

Aktuell erleben wir nach dem furchtbaren Mordanschlag in Solingen zum wiederholten Mal eine politische und mediale Mobilisierung gegen Geflüchtete und Asylbewerber. Ein Straftäter aus Syrien wird als Vorwand genutzt, um die große Community Geflüchteter aus Syrien zu diskreditieren. Menschen, die jahrelang für ihre Aufnahme in die Gesellschaft kämpfen, die Schulen und Sprachkurse besuchen, wenn es ihnen endlich erlaubt wird, und die hohe Bereitschaft zeigen, sich beruflich fortzubilden und Jobs anzunehmen. Es wird der Eindruck erweckt, dass Geflüchtete eine Gefahr für Sicherheit und Wohlstand und eine untragbare Belastung für die Kommunen seien. Dabei ist es die staatliche Politik, die Geflohene durch Arbeitsverbote, wiederholte Verlegungen in immer neue Lager, durch die Schikanen des Asylbewerberleistungsgesetzes und das langjährige Vorenthalten von Sprachkursen die Integration jahrelang so schwer macht, und dabei auch noch hohe Kosten verursacht.

Ich rufe Euch auf: Bleibt solidarisch mit geflüchteten Menschen und setzt Euch gegen die angekündigten Angriffe auf das Asylrecht ein.

Nach Artikel 4 des Grundgesetzes darf niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Diese große grundrechtliche Errungenschaft kam nach dem Nationalsozialismus und dem durch Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieg in das Grundgesetz. Dieses Grundrecht ist seit der deutschen Wiederbewaffnung immer wieder politischen Angriffen und staatlichen Einschränkungen ausgesetzt gewesen. Ich erinnere an die früheren Gewissensprüfungen oder an die Versuche, den Zivildienst zu einem extra verlängerten Strafdienst umzugestalten.

Die größten Gruppen von Geflüchteten, die Europa erreichen, kommen aus Regionen bzw. Staaten, in denen zum Teil schon seit Jahrzehnten Krieg oder Bürgerkrieg herrscht: Aus Afghanistan, dem Irak, aus Syrien, Kurdistan, Somalia, Eritrea, aus Staaten der Sahelzone, und seit 2022 auch aus der Ukraine. Es ist das Recht dieser Menschen, vor dem Krieg und seinen Folgen zu fliehen, und auch nicht selber als Soldat zum Mörder anderer Menschen zu werden.

Die Mächtigen und Reichen dieser Welt stürzen bei Ihrem Kampf um Einflusszonen, wirtschaftliche Vorteile, um Bodenschätze und geostrategische Vorteile immer wieder neue Weltgegenden in Krieg und Verderben. Sie kennen keine Skrupel, Armeen und Zivilbevölkerung als Kanonenfutter zu verheizen. Das Ende des Kalten Krieges und der Systemkonfrontation brachte keine Friedensdividende mit sich, sondern war der Beginn einer neuen Runde des Wettrüstens und imperialistischer Kriege. Immer mehr greift Deutschland in diese Konflikte ein. Inzwischen kreuzen wieder wie zu Kaisers Zeiten deutsche Kriegsschiffe vor der chinesischen Küste und deutsche Waffen sind auf allen Kriegsschauplätzen der Welt zu finden.

Zur Kriegsstimmung gehört die Praxis deutscher Behörden, Geflüchteten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und auf Desertion zu verweigern. Die deutsche Rechtsprechung erkennt allen Staaten das Recht zu, eine Wehrpflicht durchzusetzen. Selbst wenn es in dem betreffenden Staat keine Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung gibt, gilt Kriegsdienstverweigerung nicht als Asylgrund. Vielmehr gilt die Pflicht, sich als

Kanonenfutter für die Zwecke der Herrschenden im jeweiligen Herkunftsland verheizen zu lassen bzw. gegnerische Soldaten und Zivilbevölkerung zu töten.

Ganz besonders müssen momentan aus der Ukraine geflohene Männer fürchten, dass sie von den Behörden ihres Landes rekrutiert werden. Die ukrainischen Konsulate in Europa verlängern die Pässe ihrer männlichen Staatsbürger nicht mehr und versuchen, sie auf diese Weise zu Rückkehr und Kriegsdienst zu zwingen. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland bei diesen Rekrutierungsversuchen zum Mittäter wird. Unionspolitiker wie M. Söder oder der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Thorsten Frei, haben schon gefordert, ukrainische Männer zurück an die Front zu schicken. In verschiedenen Bundesländern wird ukrainischen Männern die Ausstellung von Ersatzpapieren verweigert, wenn ihre Pässe ablaufen, um sie in ihr Heimatland zurück zu zwingen.

Es ist kein Zufall, dass Söder vergangene Woche entgegen dem Grundgesetz auch die komplette Abschaffung des Grundrechts auf Asyl gefordert hat.

Lasst uns dafür kämpfen, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht weiter angetastet wird, sondern dass es auch für Geflohene gilt. Die Gefahr, zwangsrekrutiert zu werden, muss als Asylgrund anerkannt werden.

Vielen Dank!